

**Gleiche Rechte.
Gleiche Chancen.
Gleicher Respekt.**



 [mechthild-rawert.de](https://www.mechthild-rawert.de)
 [Mechthild.Rawert](https://www.facebook.com/Mechthild.Rawert)

Wir gehen wählen! Wir bestimmen mit! Für Selbstbestimmung und Teilhabe in einer inklusiven Demokratie

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die SPD-Bundestagsfraktion hat viele Jahre für das inklusive Wahlrecht gekämpft - nun ist es da: Alle Menschen mit Behinderungen können bei der Bundestagswahl am 26.9.2021 wählen gehen. Bitte nutzen Sie Ihr Wahlrecht. Entscheiden Sie sich für Solidarität und Zusammenhalt.

Wir SPDler:innen wissen: Demokratie braucht Inklusion. Es ist normal, verschieden zu sein. Alle Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen sollen an allen Lebens- und Politikbereichen gleichberechtigt teilhaben. So wird Vielfalt zum Reichtum für unsere Gesellschaft. Damit alle auf Augenhöhe selbst über ihr Leben bestimmen können, muss unsere Gesellschaft noch barrierefreier und inklusiver werden. Die besten Expert:innen für kluge und praxisnahe Ratschläge sind Menschen mit Behinderungen selbst.

Unser SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz¹ sagt: „Respekt – das ist meine Idee für unsere Gesellschaft. Dafür kämpfe ich mit Leib und Seele, mit Herz und Verstand.“ Olaf Scholz, die SPD und insbesondere die Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv – Menschen mit Behinderungen in der SPD wollen die Situation von Menschen mit Behinderungen verbessern. Es lohnt sich also, SPD zu wählen! Machen Sie mit Ihrem Kreuz die SPD bei der Bundestagswahl am 26.9.2021 stark.

Eine inklusive Gesellschaft ist eine menschliche und respektvolle Gesellschaft. Die SPD-Fraktion hat in dieser 19. Legislatur² dafür gesorgt:

Mobilität für alle fördern.

In den Bereichen Verkehr und Energie werden Investitionen für Umbautätigkeiten zur Barrierefreiheit schneller umgesetzt. Das Projekt „Reisen für alle“ fördert für Menschen mit eingeschränkter Bewegungs- und Orientierungsfähigkeit bundesweit ein stressfreieres Reisen.

¹ Die Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv - Menschen mit Behinderungen in der SPD steht für Selbstvertretung und Selbstbestimmung. Politisch aktive Menschen mit und ohne Behinderungen arbeiten zusammen - mit Olaf Scholz: <https://selbstaktiv.spd.de/aktuelles/aktuelles/news/virtuelles-kamingespraech-mit-olaf-scholz/17/04/2021/>.

² Ausführlichere Informationen zu den Erfolgen der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie in unserer Bilanz 2017 - 2021 „Zusammenhalt und Zukunft“ auf der Website <https://www.spdfraktion.de/bilanz-2017-2021>.

Mechthild Rawert, MdB

Wahlkreisbüro
Crellestraße 48
10827 Berlin

Fon: 030 78953020
Fax: 030 78953003
mechthild.rawert.wk@bundestag.de

Facebook: Mechthild.Rawert
Instagram: mechthild_rawert
www.mechthild-rawert.de

Wahlkreisbüro für Friedenau,
Schöneberg und Tempelhof
Do 15 - 18, Fr 9:30 - 13:30 Uhr



Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen.

Das Teilhabestärkungsgesetz verbessert die Situation von Menschen mit Behinderungen: u.a. wurden Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes rechtssicher gemacht und Schutz vor Gewalt für Frauen und Mädchen in Einrichtungen ausgebaut. Assistenzhunde dürfen nun überall hin.

In der Corona-Pandemie Menschen mit Beeinträchtigungen besonders schützen.

Beim coronabedingtem Schließen von Werkstätten für behinderte Menschen erhielten die Beschäftigten Lohnersatzleistungen, Eltern von Kindern mit Behinderungen bei geschlossenen Kitas oder Schulen. Das Sozialdienstleister-Einsatzgesetz (SodEG) sicherte die Existenz von sozialen Einrichtungen wie z.B. Rehabilitationsdienste, Werkstätten für behinderte Menschen, Sozialkaufhäuser, Inklusionsbetriebe, Angebote der Eingliederungshilfe.

Finanzierung der Assistenz im Krankenhaus geregelt.

Angehörige können kostenfrei Menschen mit Behinderungen ins Krankenhaus begleiten.

Ein barrierefreies und bezahlbares Zuhause für alle schaffen.

Dank der von uns initiierten Grundgesetzänderung unterstützt der Bund Länder und Kommunen beim Bau von mehr als 100.000 Sozialwohnungen. Alle profitieren von unseren Maßnahmen zur Förderung von bezahlbarem und barrierefreiem Wohnraum, von mehr Mieter:innenschutz und inklusiven Sozialräumen.

Inklusivere Ausbildungen. Inklusivere Arbeitsmärkte.

Wir haben die Inklusion auf dem Arbeitsmarkt gestärkt: Das Budget für Ausbildung wurde erweitert. Es gibt mehr Fachpraktiker:innenausbildungen. Arbeitgeber:innen, die Menschen mit Behinderungen einstellen, erhalten Unterstützungen. Die Arbeitsassistenz wird erstattet.

Abbau von Barrieren bei digitalen Produkten und Dienstleistungen.

Das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz (BFSG) fördert die diskriminierungsfreie und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und Einschränkungen sowie ältere Menschen im digitalen Bereich. Digitale Produkte und Dienstleistungen und der Zugang zu Information und Kommunikation müssen barrierefrei werden. Die Bundesländer wachen über die Einhaltung der Barrierefreiheitsanforderungen.

Rechtliche Betreuung: Stärkung und Schutz von Selbstbestimmung und Würde

Rund 1,25 Millionen Menschen haben derzeit erhebliche Probleme, ihr Leben zu regeln und erforderliche Entscheidungen zu treffen. Die Ursachen sind vielfältig. Haupt- und ehrenamtliche rechtliche Betreuer:innen bieten Unterstützung und Schutz – immer mit der Maßgabe, das Selbstbestimmungsrecht und die Autonomie der Klient:innen zu stärken. Das Betreuungsrecht wurde den Erfordernissen der UN-Behindertenrechtskonvention und der Istanbul-Konvention angepasst: u.a. sind niedrigschwellige Beratungs- und Beschwerdestellen einzurichten, bleiben auch betreute Menschen prozessfähig, ist künftig mehr in eine barrierefreie Kommunikation (z.B. Gebärdensprache) zu investieren, wird die Zwangssterilisation verboten und die Infrastruktur für eine unterstützungsorientierte Betreuungspraxis muss ausgebaut werden.



Für eine umfassende Barrierefreiheit und Inklusion ist auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen noch viel zu tun. Wir werden in der bevorstehenden 20. Legislatur³ - weiterhin - für folgende Themen kämpfen:

Wir wollen eine Gesellschaft des Respekts. Wir wollen eine gute Zukunft für alle.

Wir wollen respektvoll miteinander umgehen. Jeder Mensch ist gleich viel wert. Uns ist wichtig: Jeder Mensch soll bei uns selbstbestimmt leben können. Die Regierung hat noch große „Hausaufgaben“ u.a. auf Basis des jüngst beschlossenen BFSG, der Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechtes und der Erfüllung der Reformstufen des Bundesteilhabegesetzes zu erledigen. Aus Respekt vor Ihrer/Deiner Zukunft wollen wir einen solidarischen Sozialstaat, in dem alle Menschen gut leben und die Starken die Schwächeren unterstützen.

Wir legen ein „Bundesprogramm Barrierefreiheit“ auf.

Das Bundesprogramm Barrierefreiheit wird derzeit im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) erarbeitet. Wir wollen die Barrierefreiheit in den Kommunen verbessern und mehr inklusive Sozialräume schaffen, indem wir (1.) Modellprojekte fördern, um innovative Maßnahmen zur Barrierefreiheit zu erproben, (2.) ein zentrales Unterstützungssystem zu Fragen der Barrierefreiheit für die Länder und Kommunen aufbauen, (3.) die „Initiative SozialraumInklusiv“ weiter vernetzen und ausbauen sowie (4.) eine Kampagne zur Bewusstseinsstärkung und Sensibilisierung initiieren. Wir bleiben dabei nicht stehen: Wir fördern barrierefreien bzw. -armen Wohnraum, öffentliche Einrichtungen, Sporthallen und andere Freizeiteinrichtungen sowie Mobilität für alle.

Wir stärken die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen.

Ob mit, ob ohne Beeinträchtigungen: Kinder und Jugendliche sind in erster Linie Kinder und Jugendliche. Für sie alle braucht es große, inklusive Lösungen: u.a. eine Kindergrundsicherung und mehr Kinderrechte im Grundgesetz. Was Kinder und Jugendliche brauchen, weil sie eine Behinderung haben, müssen sie natürlich auch bekommen. Wir bündeln die Hilfen für Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Familien, die von Krankheit oder Behinderung betroffen sind. Der Zugang zu Unterstützungsleistungen muss für sie und ihre Eltern einfacher werden.

Wir bauen die inklusiven Arbeitsmärkte aus.

Das Recht auf gute Arbeit gilt auch für Menschen mit Behinderungen. Ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt müssen vergrößert werden, zumal viele von ihnen sehr gut ausgebildet sind. Wir unterstützen dieses durch die Stärkung der Schwerbehindertenvertretungen und die Weiterentwicklung der Ausgleichsabgabe. Wir bauen die Beratungen und Unterstützungen für Arbeitgeber:innen kleiner und mittlerer Unternehmen aus.

Zur Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Beeinträchtigungen gehören auch die Werkstätten für behinderte Menschen. In diesen Rehabilitationseinrichtungen werden keine Arbeitsentgelte wie am ersten Arbeitsmarkt gezahlt. Aber: Die hier erbrachte Arbeitsleistung muss besser anerkannt und höher honoriert werden als dies jetzt der Fall ist.

³ Überzeugen Sie sich von unseren vielen Vorhaben in unserem SPD-Zukunftsprogramm „Aus Respekt vor deiner Zukunft“ unter dem Link: <https://www.spd.de/zukunftsprogramm/>.



Wir fördern die bauliche, technische, kommunikative und digitale Barrierefreiheit.

Barrierefreiheit ist ein durchgängiger Qualitätsstandard, der noch nicht überall zufriedenstellend erreicht wird. Der gleichberechtigte und gleichwertige Zugang zu allen Lebensbereichen ist für alle ein Menschenrecht. Das jüngst verabschiedete Barrierefreiheitsstärkungsgesetz ist ein wichtiger Meilenstein, welcher konsequent umgesetzt werden muss. Ein erster Schritt ist die sich im Werden befindliche Verordnung zum BFSG. Diese wird vom BMAS unter Mitarbeit von Menschen mit Beeinträchtigungen erstellt und regelt unter anderem die Ausführungsvorschriften in den Bundesländern.

Wir verbessern die gesundheitliche Versorgung für alle.

Menschen mit Behinderungen sind im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung eine vulnerable und gesundheitlich unterversorgte Gruppe. Zahlreiche Beeinträchtigungen und Erkrankungen treten bei ihnen öfter und im Lebensverlauf früher auf. Krankheitsverläufe sind zudem oftmals komplizierter, da häufiger Begleiterkrankungen auftreten. Obgleich die Errichtung von medizinischen Zentren für Erwachsene mit Behinderung (MZEB) bereits 2015 beschlossen wurde, gibt es bis heute noch keine flächendeckende multidisziplinäre und multiprofessionelle Versorgung von Menschen mit schwerer geistiger und mehrfacher Behinderung. Die immer noch unzureichende Barrierefreiheit in Krankenhäusern und in Praxen behindert viele Menschen mit Behinderungen bei der freien Arztwahl. Inklusive Gesundheitsförderungsstrategien sind weiterzuentwickeln. Angesichts der großen Heterogenität der Menschen mit Behinderungen ist dies eine immense Herausforderung. Die gesundheitliche Versorgung von Menschen mit Beeinträchtigungen ist also ein großes Thema, in dem noch zahlreiche Verbesserungen notwendig sind, wie sich nicht zuletzt während der Covid-19-Pandemie gezeigt hat.

Corona darf nicht zu Rückschritten in der tatsächlichen Umsetzung zu einer inklusiven Gesellschaft führen.

Die selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen hat unter den Bedingungen der Covid-19-Pandemie stark gelitten. Viel zu oft wurden Menschen mit Behinderungen oder psychischen Erkrankungen vergessen, wenn es um die notwendigen Schutzmaßnahmen oder die Folgen der Einschränkungen ging. Corona bedingte Fort- und Rückschritte bei der Umsetzung einer inklusiven Gesellschaft sind noch genauer zu evaluieren.

Unser Ziel ist und bleibt eine inklusive Gesellschaft, in der alle Menschen durch gleiche Teilhabechancen ein würdevolles und selbstbestimmtes Leben führen. Engagieren Sie sich mit der SPD. Gehen Sie am 26.09.2021 wählen. Bitte stimmen Sie mit Ihrem Kreuz für eine starke SPD, für die Partei, die sich für die vielfältigen Belange und Interessen von und für Menschen mit Beeinträchtigungen aktiv einsetzt.

Mit solidarischen Grüßen

Mechthild Rawert (SPD), MdB
August 2021